PAULUS GORDAN

Kirche in der Welt von heute

Haydns "Schöpfung" beginnt bekanntlich mit einer dumpfen sinfonischen Einleitung, um die "Vorstellung des Chaos" zu erwecken. In düsterer Tonlage erklingt dann die Stimme des Erzengels Raphael und berichtet von der "Finsternis auf der Fläche der Tiefe." In etwas hellerer Farbe fällt der Chor ein und kündet das erste Wort des Schöpfergottes an: "Es werde Licht." Dann erst leuchtet strahlend vor diesem dunklen Hintergrund in blendender Klangfarbe der hinreißende Dur-Akkord glanzvoll auf: "Und es ward Licht." Der Christ ist kraft seines Glaubens gehalten, im Blick auf eine noch so chaotische Umwelt und auf die wüsten Geschehnisse seiner Gegenwart stets nur den dunklen Hintergrund zu erkennen, vor dem sich eines Tages das Licht der Glorie Gottes sieghaft abheben wird. Der erste Schöpfungsmorgen präludiert dem letzten Geschichtstag; von jenem zu diesem spannt sich, über Finsternisse hinweg, der Lichtbogen des göttlichen Heilsplans. In nüchternerer Sprache: Christliche Geschichtsdeutung hat optimistisch zu sein.

Das vorweggesagt, kann man wohl ohne Übertreibung behaupten, daß ein Überblick auf Lage und Geschichte der Kirche in der Welt von heute gerade in den letzten Monaten recht deutlich die "Vorstellung des Chaos" hervorzurufen geeignet ist. Dabei ist nicht leicht auszumachen, welche Elemente auf den Zerfall einer alten Ordnung, und welche andere etwa auf das Heraufdämmern neuer Gestaltung zu deuten wären. Dem Chaos lassen sich ja sowohl der Gedanke an Zerstörung und Untergang wie die Hoffnung auf einen neuen Kosmos zuordnen. Das Bild vom Chaos ist ambivalent, und ambivalent ist also auch notwendigerweise die Betrachtung zeitgeschichtlicher Vorgänge in Kirche und Welt.

Man könnte aus der wirren Vielstimmigkeit der Ereignisse und Geschehnisse des letzten halben Jahres vor allem ein beherrschendes Leitmotiv heraushören: Der Kampf um die Menschenrechte. Nicht als ob dieser Begriff neu wäre, - zumindest ist er so alt wie die USA, die ihn schon in die erste Verfassung vor 200 Jahren aufgenommen und dadurch zu politischer Relevanz verdichtet haben. Und es ist kaum ein Zufall, daß der im Jubiläumsjahr 1976 gewählte neue Präsident Jimmy Carter gerade die Menschenrechte zum ersten Punkt der Tagesordnung seiner Administration gemacht hat. Die Zukunft wird zeigen müssen, wieweit die Sprengkraft dieser gesinnungsethischen Haltung von politischem Kalkül gebändigt und durch den Realismus einer staatsmännischen Verantwortungsethik dosiert werden wird. Zur Zeit iedenfalls lassen sich die meisten Ereignisse und Tendenzen in der Welt auf den Nenner des Kampfes um und für die Menschenrechte bringen, und es ist klar, daß gerade auf diesem Gebiet auch die Kirche, und sie vor allem, in die Schranken gefordert ist. Denn ihr gehören die Menschenrechte ursprünglich und vom Evangelium her an, wenn es auch einer neuen "Lektüre" der biblischen Schriften bedurfte, um diese Urschrift unter manchen historischen Übermalungen wieder zu entdecken. Interessanterweise läßt freilich fast überall die Kirche den weltlichen Vorkämpfern einer Gesinnungsethik den Vortritt und beschränkt sich in kluger Vorsicht und Altersweisheit auf ein Handeln und Reden aus Verantwortungsethik, wobei sie freilich Gefahr läuft, von ungeduldigen Stürmern und Drängern mißverstanden, für feige und kompromißbereit oder gar für "faschistoid" gehalten zu werden. So etwa, wenn sie entgegen einem allgemein und allenthalben aufflammenden Menschenrechts- und Freiheitspathos in der Frage der Abtreibung auf ihrem Standpunkt beharrt und gerade im Namen des höchsten Menschenrechts auf Leben versucht, einer überbordenden Liberalisierung Einhalt zu gebieten, - in foro externo, auf dem Gebiet staatlicher Gesetzgebung, leider meist vergeblich, wie zuletzt der negative Ausgang des Volksbegehrens in Österreich gezeigt hat.

Unbeirrt auch von der Sympathiewelle für Dissidenten und Regimekritiker aus und in kommunistisch beherrschten Staaten und ohne leidenschaftlich für solche Bewegungen die Stimme zu erheben, setzt der Vatikan seine "Ostpolitik" fort, vorsichtig und mit kleinen Schritten, aber doch zielstrebig und nicht ohne sichtbare Erfolge: Daß Paul VI. nunmehr dem bereits im Vorjahr "in petto" ernannten Apostolischen Administrator von Prag öffentlich die Kardinalswürde verleihen konnte, läßt darauf schließen, daß darüber ein Einverständnis mit der tschechischen Regierung hergestellt werden konnte. was sicher nicht möglich gewesen wäre, wenn der Hl. Stuhl sich etwa lautstark in die Auseinandersetzung um die "Charta 77" eingemischt hätte. Man kann sich fragen und hat sich auch im Vatikan sicher gefragt -, ob der Kardinalshut nicht zu teuer mit solchem Schweigen erkauft worden ist. Jedoch ist ein Kardinal in einem Ostblockland - und noch dazu in einem so hartgepanzerten - in Ermangelung einer Nuntiatur immerhin ein wertvoller Brückenkopf und eine gewisse (ungewisse ...!) Garantie für die Aufrechterhaltung einer geordneten Seelsorge. Ähnliches gilt von Polen, wo die Gespräche des reisenden Vatikanbotschafters Poggi mit der Regierung freilich sowohl als Störmanöver und Haltesignale für die energische Aktion des polnischen Episkopats und seines tapferen Primas im Kampf für die Menschen- und Freiheitsrechte nach den Ereignissen des Vorjahres als auch im Sinne flankierender Maßnahmen gedeutet werden können. Auch hier gilt wohl der verantwortungsethische Grundsatz: Lieber schlechte oder gespannte Beziehungen als gar keine. In diesem Zusammenhang muß auch die Audienz gesehen werden, die der Papst am 9. Juni dem ungarischen Parteichef Kadar gewährte. Im übrigen wird der Vatikan als Teilnehmer an der Nachfolgekonferenz von Helsinki in Belgrad, bei der das Thema der Menschenrechte sehr nachdrücklich zur Behandlung ansteht, nicht schweigen können. Doch werden sich seine Vertreter erwartungsgemäß deutlich, aber in der üblichen diplomatischen Form vernehmen lassen, in der der Vatikan Meister ist. Kein Zweifel jedoch, daß man es in Rom nicht ungern sieht, wenn die Vormacht des Westens in der Person des US-Präsidenten manche heiße Kastanie aus dem Feuer holt.

Vereinfachend läßt sich sagen, daß auch die großen Krisenherde in der Welt von heute vor allem durch die brennende Frage der Menschenrechte am Kochen gehalten werden. Da ist vor allem Afrika zu nennen. Für die Christen in den zahlreichen jungen Staaten herrschen da beträchtliche Klimaschwankungen. Von der blutigen und unberechenbaren Tyrannei des Marschall-Präsidenten Idi Amin Dada von Uganda müssen die Christen jederzeit des Schlimmsten gewärtig sein. Die Ermordung des Kardinals Biavenda von Brazzaville (Sozialistische Republik Kongo) am 22. März 1977 war wohl eher ein persönlicher Racheakt oder die Folge einer Stammesfehde als der Auftakt für eine Christenverfolgung. Der Vatikan hat denn auch diese Greueltat mit der ruhigen Würde altrömischer Senatoren hingenommen. Die Befreiungsbewegungen, unterwandert von sowjetrussischem Einfluß und bewaffneter kubanischer Präsenz, berennen im übrigen die letzten Bastionen der "Herrschaft des weißen Mannes", wie man früher sagte; das drohende Chaos läßt sich voraussehen, eine neue Ordnung einstweilen noch nicht ahnen. Mit erstaunlicher Elastizität hat die Kirche in den ehemaligen portugiesischen Herrschaftsgebieten Angola und Mozambique eine einheimische Hierarchie errichtet, die allerdings mit äußerst schwachen Kräften die Stellung hält, in Erwartung besserer Zeiten. Völlig düster und chaotisch scheint die Lage in Äthiopien, dem ehemaligen "christlichen" Kaiserreich, das bei Licht besehen, so christlich gar nicht war und das nun von Auflösungserscheinungen bedroht ist, unter denen vor allem die vielen koptischen, die wenigen katholischen und protestantischen Christen in gleichem Maße leiden müssen. Das Militärregime hat den am 26. Februar 1963 eingeweihten Evangelischen Rundfunksender "Stimme des Evangeliums", der in ganz Afrika vernehmbar war, zum Schweigen und als "Stimme der Revolution in Äthiopien" erneut zum Reden gebracht . . .

Der eigentliche neuralgische Punkt ist jedoch die Auseinandersetzung um Rhodesien (Zimbabwe), Südwestafrika (Namibia) und die Südafrikanische Union.

Auch an ihr beteiligen sich im Namen der Menschen- und Freiheitsrechte sowohl Präsident Carter wie die Vereinten Nationen in je verschiedener Dosierung. Rom hat keinen Anlaß, sich grundsätzlich dazu zu äußern. Die katholischen Bischöfe "vor Ort" jedoch — und die Mehrzahl anderer christlicher Gemeinschaften und Kirchen, soweit sie nicht, wie in der Union, eng mit der Apartheidsideologie des Vorster-Regimes verknüpft sind - machen kein Hehl daraus, daß sie die Rechtsposition der Freiheitsbewegungen bzw. Bürgerrechtsbewegungen anerkennen. Bischof Donald Lamont von Umtali, Rhodesien, hat dafür Gefängnis und Verbannung auf sich genommen. Die katholischen Bischöfe der Union ihrerseits haben gegen das bestehende Rassentrennungsgesetz die privaten katholischen Schulen für Schwarze und Mischlinge geöffnet und auch sonst gegen das Unrecht der Apartheid die Stimme erhoben. Die Dinge im Süden des afrikanischen Kontinents drängen zu einer Lösung, ob auf friedlichem Wege oder mit Gewalt, ist einstweilen noch offen. Im Grunde geht es in diesen Ländern darum, daß Gruppen und Gemeinschaften, die einstweilen noch um Menschenrechte kämpfen, danach verlangen, Subjekte des Völkerrechts zu werden. Wie auch immer das ausgehen mag, - die katholischen Christen jedenfalls werden sich nicht vorwerfen müssen, nicht auf seiten der Gerechtigkeit gestanden zu haben, - schon deswegen nicht, weil sie in der Mehrzahl - wenigstens in der Union - selbst die Unterdrückten sind: Etwa 1,500.000 Schwarze gegen 320.000 Weiße und 20.000 Mischlinge. Es ehrt die - fast ausschließlich weiße - Hierarchie, daß sie bei aller Klugheit eine entschiedene Haltung einnimmt und so die Zukunft für das Evangelium offen hält.

In Lateinamerika greift die Herrschaft der Ideologie der "nationalen Sicherheit" allmählich fast auf alle Länder des Subkontinents über und stellt sich in Form von harten Militärdiktaturen dar. Auch hier machen sich Bischöfe und Priester sowie mutige Laien zu Sprechern der Menschenrechte und setzen sich damit der Gefahr aus, als "subversiv" betrachtet und entsprechend behandelt zu werden. In immerhin "katholischen" Ländern können die Bischöfe oft als einzige gelegentlich ihre Stimme erheben, weil die staatlichen Autoritäten wenigstens äußerlich den Anschein der Kirchlichkeit zu wahren sich bemühen. Doch gilt auch das nur mit großen Einschränkungen. Leider radikalisiert sich die Opposition mehr und mehr, so daß Christen oder gar Priester und Bischöfe sich kaum je mit ihr solidarisch erklären können, ohne wirklich "subversiv" d. h. marxistisch-revolutionär zu werden. Doch bleibt es auch dann noch Auftrag der Hirten, dafür einzutreten, daß politische Gefangene menschlich behandelt werden, einen ordentlichen Prozeß bekommen, nicht gefoltert oder heimlich beiseite geschafft werden. Immer wieder nehmen dazu ganze Episkopate - in Brasilien, Argentinien, Chile oder einzelne Bischöfe Stellung, gelegentlich mit Erfolg, immer aber als Zeugen der Wahrheit und Gerechtigkeit im Namen des Evangeliums. Bemerkenswert ist aber auch, daß in manchen dieser Länder, vor allem in Brasilien, in Form von Basisgemeinden ein neuer Typ kirchlicher Gemeinschaft entsteht, sehr im Verborgenen und von der Hierarchie unbeachtet, aber auch unbehelligt, - nach dem wenigen, was man darüber erfährt, jedoch durchaus rechtgläubig und geistlich wach, dabei voll eines lebendigen Gemeindebewußtseins, wie man es in den viel zu großen und ungenügend betreuten Pfarrgemeinden nicht kennt. Vielleicht liegen hier die Anfänge für ein kirchengeschichtliches Phänomen, dessen Bedeutung erst später offenbar werden wird.

Was sich in Asien abspielt, ist schwer zu durchschauen. Die durch eine freie Wahl herbeigeführte Wende in Indien geht nicht zuletzt ebenfalls auf das Verlangen nach Menschenrechte und Bürgerfreiheit zurück. Ein wenig mag dabei auch die entschiedene Stellung der Kirche zur Frage der Geburtenregelung mitgespielt haben, die

mancherorts die höchst verwerfliche und empörende Form der Zwangssterilisierung angenommen hatte. Ob freilich die neue Regierung eines der wichtigsten Menschenund Freiheitsrechte: das Recht auf Freiheit vom Hunger, wird verwirklichen können,
steht einstweilen dahin. Jedenfalls dürfte es der katholischen Hierarchie leichter sein,
sich zu dieser Regierung mit Vorschußvertrauen positiver zu stellen als zu der nunmehr
abgelösten demokratisch getarnten Diktatur von Indira Ghandi. Die Kirche in Vietnam
scheint Überlebenschancen zu haben, im Gegensatz zu Kambodscha und Laos. In Südkorea hat sie einstweilen einen gesicherten Stand und wächst an Zahl und Verdienst, wenn auch dort die Christen oft genug im Kampf für die Menschenrechte Opfer
und Gefahren auf sich nehmen müssen. Auf den Philippinen, jenem Inselreich mit
überwältigender christlicher Mehrheit, herrscht ein latenter Kampf für soziale Gerechtigkeit, in dem christliche Gruppen die Präsidialdiktatur herausfordern. Und China
bleibt weiterhin die große schweigende Sphinx.

Im Vorderen Orient ist zur Zeit Ruhe, - nach - oder vor? - dem Sturm. Im Libanon ist wieder ein prekärer, gefährdeter Bürgerfriede nach dem grausigen Bürgerkrieg eingekehrt. Ob aber Christen der verschiedenen Richtungen und Riten mit den Moslems je wieder friedlich in einem Gemeinwesen zusammenleben können, bleibt fraglich, zumal die Anwesenheit der Palästinenser die Wunden weiterhin offenhält. Der Nachbar Israel hat Brücken geschlagen zu den Christen im Norden; der "gute Zaun" hat erstmals Vertrauen aufkeimen lassen. Doch bleibt die Frage, die Israel an den ganzen Nahen Osten stellt, noch immer ohne Antwort. Die letzten Knessetwahlen mit dem Sieg des "Falken-Blocks" Likud haben die Lösung nicht leichter gemacht, und Carters Engagement für die Menschenrechte zwingt mit der ihm eigenen Logik den Präsidenten, mehr als es bisher amerikanische Politik war, auch die Rechte der Palästinenser höher in Rechnung zu stellen, - ein gordischer Knoten, so fest geschürzt, daß man fürchten muß, auch er sei nur mit dem Schwert zu lösen. Auffälligerweise schweigt die Kirche seit langem zu den Problemen; wenigstens dringt nichts von dem, was sie allenfalls sagt und tut, an die Öffentlichkeit. Dabei kann sie an dem Schicksal des Hl. Landes und vor allem Jerusalems nicht uninteressiert sein. Vielleicht hält sie sich klug zurück und Schweigen für Gold, um bei keinem Partner einer friedlichen oder kriegerischen Auseinandersetzung das Vertrauen zu verlieren, das allein ihr gegebenenfalls eine Mittlerrolle ermöglichen könnte.

Und Europa? Noch immer kirchliches Herz- und Kernland, entwickelt es sich in Politik, Wirtschaft und Kultur seit langem und je länger je mehr außerhalb christlicher oder gar kirchlicher Wirkkräfte, trotz bestehender, da und dort sogar regierender Parteien, die sich "christlich" nennen. Die Kirche hat keinen direkten Zugriff mehr auf Vorgänge und Entwicklungen, was nicht bedeutet, daß sie nicht gegenwärtig wäre "wie die Seele im Leib", nach einem Wort im altchristlichen "Brief an Diognet". Äußerlich oder direkt ist sie es nur selten. Das zeigt sich etwa in Italien, wo der "historische Kompromiß" in unserer Sprache: eine Große Koalition zwischen Christdemokraten und Kommunisten - unterwegs oder fast schon am Ziel ist, ohne daß der doch sehr nah betroffene Vatikan oder die italienische Bischofskonferenz sich vernehmbar eingeschaltet hätten. Das zeigt sich in Frankreich, wo sich eine Wendung nach links deutlich abzeichnet, und wo die Christen spontan in so gut wie allen Lagern und Formationen zu finden sind. Das zeigt sich sogar in Spanien, wo bei den ersten Wahlen nach vierzig Jahren einer weithin von der offiziellen Kirche mitgetragenen Diktatur die Bischöfe überaus zurückhaltend waren, - allerdings auch hier deutlich gesprochen haben, wo es um die Menschenrechte, konkret: um die Amnestie politischer Gefangener gegangen war. -

Mag die Kirche in der Welt von heute mitbetroffen sein von dem finsteren Chaos des Untergehens und Neuwerdens, ohne selbst noch als Ordnungsmacht wie im Mittelalter das Schöpfungswort: "Es werde Licht" sprechen zu können, so ist sie doch darauf bedacht, lichte Ordnung in ihrem eigenen Hause zu halten und möglichst unangefochten ihre bewährten Strukturen zu erhalten und zu sichern. Unbeirrt verfolgt man im *Vatikan* die Kraftlinien ökumenischer Bemühungen, die zuletzt in der Begegnung Pauls VI. mit dem anglikanischen Erzbischof von Canterbury gipfelten und eine Wiedervereinigung der römischen mit der anglikanischen Kirche in den näheren Bereich der Möglichkeit rückten. Der Erzbischof von Canterbury freilich hatte in seinem ökumenischen Programm ebenfalls eine Begegnung mit dem orthodoxen Patriarchen Demetrios von Konstantinopel und dem Genfer Weltrat der Kirchen, für ihn ist offenbar die römische Kirche nur eine von vielen, und nicht die Eine, mit der es sich wieder zu vereinigen gilt. Die Optik Roms und Canterburys ist also nicht so ohne weiteres zur Deckung zu bringen. Aber ein weiterer Schritt zum gemeinsamen Ziel ist getan, wenngleich man die innere Kraft des anglikanischen Kirchen- und Christentums nicht überschätzen sollte. Die Kirche Roms hat überdies gerade in den letzten Monaten auf rein disziplinärem Gebiet die Schranken erhöht, die sich zwischen der katholischen und der anglikanischen Kirche aufrichten. Im Jänner hat die Glaubenskongregation mit Zustimmung des Papstes (und übrigens nach Vorwarnung der Anglikaner durch einen ernsten Briefwechsel!) deutlich und entschieden die Zulassung von Frauen zur Priesterweihe verworfen, - Anlaß für innerkirchliche Erregung vor allem in den USA, aber eben auch für Abstand von einigen Kirchen der Reformation, nicht zuletzt der anglikanischen, die seit kurzem weibliche Priester kennen. Ferner hat Paul VI. im März abermals die Weihe verheirateter Männer zu Priestern abgelehnt, was ebenfalls eine Trennung markiert, zugleich freilich die Grenzen zur Orthodoxie offenhält.

Welche Auswirkungen die kürzlich erfolgte Veränderung an der Verwaltungsspitze des Vatikans haben wird, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch anzunehmen, daß das Ausscheiden von Msgr. Benelli aus seinem Amt im Staatssekretariat für den Vatikan folgenreicher sein wird als für Florenz die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles durch Kardinal Benelli.

Eine fortdauernde innerkirchliche Beunruhigung geht weiter von der traditionalistischen Bewegung um Lefebvre aus. Der unbotmäßige suspendierte Erzbischof kommt nicht zur Einsicht und Umkehr, im Gegenteil: Er weitet sein Wirkungsfeld immer mehr aus. Da sind die Besetzung der Kirche Saint-Nicolas du Chardonnet im Herzen von Paris durch seine Anhänger, die Gründung neuer "Priorate" vielerorts, zuletzt in Onex bei Genf, Firmungen und Priesterweihen zu nennen. Der Ton der beiderseitigen Verlautbarungen wird immer schärfer, ein offen erklärtes Schisma zeichnet sich ab, für Frankreich vor allem wohl nicht ohne recht weitreichende Auswirkungen, wenn auch auf längere Sicht und für andere Länder ohne Gefahr, eine chaotische Lage hervorzurufen: Es kann keinen Sieg der Ewig-Gestrigen, der Vergangenheit über die Zukunft, geben! —

Die Kirche in der Bundesrepublik Deutschland schließlich erfreut sich nun wieder eines vollzähligen Episkopats. Die beiden bayerischen Erzstühle Bamberg und München, über zehn Monate verwaist, haben nun wieder Hirten erhalten. In Bamberg wurde Domkapitular Kredel Nachfolger des resignierten Erzbischofs Schneider, als Nachfolger des so jäh verstorbenen Kardinals Döpfner wurde der bekannte Regensburger Theologe Professor Joseph Ratzinger am 28. Mai im Dom zu München geweiht und in sein Amt eingeführt. Überraschend schnell wurde er nur wenige Tage danach zum Kardinal ernannt. In der Bundesrepublik also wenigstens kein Chaos, — aber auch hier strahlt noch nicht das helle Licht des ersten Schöpfungstages oder gar das noch hellere des ewigen Tages der Enderlösung. Die Welt von heute ist noch immer und allerorten in Wirrnis und Dunkelheit. Doch bleibt die tröstliche Zuversicht bestehen: Schon leuchtet das Licht, wenn auch einstweilen noch in der Finsternis!